

IWO e.V. • Weilerstr. 8 • 53332 Bornheim Sechtem

Landtag Nordrhein-Westfalen
Frau Präsidentin
Carina Gödecke, MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Zuschrift
16/738
A 17 + A 17/1

Ansprechpartner:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Datum:

11.05.2015

Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzplans Nordrhein-Westfalen – Vorlage 16/2822

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die nordrhein-westfälische Landesregierung hat am 15. April 2015 den Entwurf des ersten Klimaschutzplanes NRW verabschiedet. Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

Das Institut für Wärme und Oeltechnik e.V. (IWO) unterstützt grundsätzlich die Ziele zur Energieeinsparung und die damit verbundene CO₂-Einsparung auf nationaler und internationaler Ebene und begrüßt konstruktive Lösungsvorschläge, mit denen diese Ziele erreicht werden können.

Wir begrüßen den Ansatz von Information, Beratung und Förderung im Klimaschutzplan NRW. Dies führt zu mehr Akzeptanz bei den Beteiligten und ist aus unserer Sicht ordnungsrechtlichen Maßnahmen vorzuziehen.

Einen breiten Raum nehmen bei den im Klimaschutzplan vorgesehenen Maßnahmen Ausbau und Verdichtung von Nah- und Fernwärmenetzen sowie die Forcierung der Kraft-Wärme-Kopplung ein. Diese massive Schwerpunktsetzung ist nach unserem Erachten für den Wärmesektor kritisch zu sehen.

Fernwärme ist keine grundsätzlich und überall sinnvoll einsetzbare Technologie. Nach einer wissenschaftlichen Untersuchung der Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel von Prof. Dr.-Ing. Dieter Wolff und Prof. Dr.-Ing. Kati Jagnow ist eine Fernwärmeversorgung in Neubaugebieten in der Regel unwirtschaftlich, da in Neubaugebieten die Häuser aufgrund der gesetzlich geforderten Dämmstandards einen niedrigen Energieverbrauch haben. Der Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen im Gebäudebestand ist nach dieser Untersuchung selten zu rechtfertigen. Heizzentralen sind ohne einen hohen Anteil gleichzeitig erzeugten Stroms aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ökonomisch und ökologisch nicht vertretbar.

Fernwärme muss im wirtschaftlichen und ökologischen Wettbewerb bestehen, durch die einseitige Förderung der Fernwärme profitieren einzelne Anbieter zu Lasten anderer Energieträger und

Seite 1 von 2

Technologien. Öffentliche Förderinstrumente für die Beschleunigung der Energiewende müssen Technologie-offen und Energieträger-neutral ausgestaltet sein, um maximale Wirksamkeit und Akzeptanz zu erzielen. In diesem Zusammenhang lehnen wir insbesondere auch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Anschluss- und Benutzungszwänge ab. Wenn die Fernwärme nur durch Subventionen wirtschaftlich ist, wird dies auf lange Sicht zu wirtschaftlichen Nachteilen und sozialen Ungerechtigkeiten für die betroffenen Bürger führen.

Mithilfe von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) lässt sich die Effizienz bei der Stromerzeugung deutlich erhöhen. Dadurch kann diese Technologie dazu beitragen, den Primärenergiebedarf zu senken und das Klima zu schützen. Im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser kann ein wirtschaftlicher Betrieb der KWK häufig nicht realisiert werden, durch zunehmende Dämmmaßnahmen wird sich dies in Zukunft noch verstärken. Durch die Fokussierung auf Kraft-Wärme-Kopplung besteht die Gefahr, dass andere Effizienztechnologien wie die Brennwerttechnik oder die Nutzung von Solarthermie weniger eingesetzt und dadurch Einsparpotenziale nicht genutzt werden.

Die vorgesehenen Maßnahmen zur Verstärkung der energetischen Sanierung im Gebäudebereich und dabei insbesondere von Einzelmaßnahmen wie beispielsweise die entsprechende steuerliche Förderung werden von uns begrüßt. Technologieoffenheit und Energieträger-Neutralität sind dabei für uns unabdingbare Voraussetzung.

Die unter der Maßnahme LR-KS3-M35 angedachte Einführung eines haushaltsunabhängigen Fördersystems für den Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand lehnen wir ab. Eine Öko-Umlage auf Heizöl und Erdgas zur Förderung der energetischen Sanierung und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich ist gemäß eines Gutachtens des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vom August 2013 nicht empfehlenswert. Die Belastung für die betroffenen Haushalte wäre bereits zum Start höher als durch die umstrittene EEG-Umlage. Da mit zunehmender Heiz-Effizienz und Gebäudedämmung der Öl- und Gas-Absatz zurückgeht, würde auch hier jedes Jahr eine Steigerung zu erwarten sein. Gemessen am Einkommen würde das ärmste Zehntel der Bevölkerung mehr als drei Mal so hoch belastet wie die wohlhabendsten zehn Prozent, profitieren würde von der Förderung vorwiegend die obere Einkommenshälfte der Bevölkerung. Staatlich verursachte Verteuerungen der Wärmeversorgung müssen aufgrund der damit verbundenen sozial ungerechten Verteilungswirkungen vermieden werden. Die unsichere weitere Entwicklung einer Heizenergie-Umlage würde außerdem Modernisierungsmaßnahmen in moderne, effiziente Technik verhindern.

Klimaschutz kann nur durch eine konstruktive Zusammenarbeit der Beteiligten erfolgreich gestaltet werden. Hierzu bieten wir unsere Mitwirkung an und sind gerne bereit, uns in die weitere Entwicklung und die Umsetzung des Klimaschutzplans einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

